



**Fallschilderung:** In einer Volkswirtschaft, die strukturell der der Bundesrepublik ähnelt, wurden folgende Daten erhoben:

	BIP in Mrd.	AL in Mio.	Beschäftigte in Mio	Wert Warenkorb	Import in Mrd	Export in Mrd
Dez.2009	400	3,5	66,5	31.000	48	53
Dez.2010	405	3,6	64	31.465	45	55

### Aufgabenstellung im Abitur:

Analysieren Sie bitte die wirtschaftliche Situation der Volkswirtschaft und zeigen Sie erforderliche wirtschaftspolitische Maßnahmen auf. **(15 Punkte)**

### Übersetzung der Abituraufgabenstellung:

1. Berechnen und bewerten Sie bitte die Erreichung der vom Stabilitätsgesetz vorgegebenen Ziele
2. Legen Sie die Art der gefundenen Ungleichgewichte dar (saisonal, strukturell oder konjunkturell)
3. Legen Sie bitte begründet dar, in welcher konjunkturellen Phase sich die Volkswirtschaft befindet.
4. Machen Sie auf der Basis Ihrer Einschätzungen aus 1.-3. drei begründete Vorschläge, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen sollte, um die Zielerreichung zu verbessern.
5. Beschreiben Sie bitte nachvollziehbar, wie die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen auf die einzelnen wirtschaftspolitischen Ziele wirken

### Lösung:

#### A1:

	Wirtschaftswachstum	Arbeitslosenquote.	Inflationsrate	% des Außenbeitrags
2009	nicht ermittelbar	5%	n.e.	1,23% Exportübersch.
2010	1,25%	5,3%	1,5%	2,5 %
erreicht?	nein	nein	ja	Exportübersch.

#### A2:

- Die Werte wurden im Winter ermittelt. Deshalb ist zu vermuten, dass ein Teil der gemessenen Arbeitslosenzahlen auf saisonale Einflüsse zurückgeht.
- Dennoch ist die Arbeitslosenzahl auch dann viel zu hoch, wenn man davon ausgeht, dass im Frühjahr 100.000 – 200.000 saisonal Arbeitslose wieder in ihren Job zurückkehren. Ein guter Teil der verbleibenden Arbeitslosen müssen als Strukturproblem angesehen werden, weil auch bei einem starken



konjunkturellen Aufschwung nicht alle wieder in Arbeit gebracht werden können.

- die restlichen Ungleichgewichte dürften konjunkturell bedingt sein.

A3:

Ausgangspunkt für eine konjunkturelle Einschätzung ist immer das Wirtschaftswachstum, weil es eine direkte Widerspiegelung der Gesamtwirtschaftlichen Nachfrage darstellt. Das Ziel ist hier nicht erreicht, die GWN ist also zu niedrig.

Das zu niedrige Wirtschaftswachstum erklärt auch die steigende Arbeitslosenquote (der Produktivitätszuwachs ist höher als der Nachfrageanstieg. Dadurch werden Arbeitskräfte entbehrlich und werden entlassen.)

Auf Grund der niedrigen GWN ist der Preisanstieg (Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis) gering, das Ziel ist also erreicht.

Die stabilen Preise könnten die internationale Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft verbessert haben, wodurch der Exportüberschuss weiter angestiegen ist. Dadurch ist zwar das Ziel nicht erreicht, aber in für das Land erfreulicher Richtung.

Als konjunkturelle Phasen kommen hier auf Grund der geringen GWN eine Rezession oder Depression in Frage.

A4:

Obwohl für die exorbitante Arbeitslosigkeit auch saisonale Ungleichgewichte (die nicht sinnvollerweise mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen bekämpft werden sollten) und strukturelle Ursachen zu vermuten sind, bleibt aber für den konjunkturell bedingten Teil der AL und das zu geringe Wirtschaftswachstum die Notwendigkeit von konjunkturfördernden Maßnahmen bestehen. Dazu ist die Bundesregierung durch das StabG verpflichtet. Je nach politischer Orientierung der Regierung können angebots- oder nachfrageorientierte Maßnahmen stattfinden, die aber eine Belebung der GWN zum Ziel haben müssen. Möglichkeiten sind Steuersenkungen, Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten, Subventionen, Neueinstellungen und Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst oder Vergabe von Staatsaufträgen.

A5.

Alle diese Maßnahmen erhöhen die GWN. Wenn die Nachfrage steigt, wird mehr produziert, weil die Nachfrage ja befriedigt werden soll, um die eigenen Gewinne zu steigern. Dadurch ergibt sich eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums. Wenn die Wirtschaft stärker wächst als die Produktivität, dann wird die Neueinstellung von Arbeitskräften erforderlich, wodurch die ALQ sinkt.

Dennoch ist Wachsamkeit geboten, da die erhöhte GWN die Preise steigen lassen, was sich negativ auf den HVPI auswirken wird. Die steigenden Preise verschlechtern auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der BRD, wenn die Inflationsraten im Ausland geringer sind. Dies würde zu einer Verminderung des Exports und einer Erhöhung der Importe führen.

Droht die Preissteigerung also zu hoch zu werden, muss die Regierung wieder umsteuern.